

Antrag - Nr. StVV - AT 2/2020 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.02.2020		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Maßnahmen gegen den Klimawandel: Einführung einer autofreien Innenstadt (GRÜNE PP)

Deutschland läuft Gefahr, seine selbstgesetzten Klimaschutzziele zu verpassen. Auch das Land Bremen und die Stadt Bremerhaven werden voraussichtlich die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen bzw. selbst verpflichteten Ziele zur Reduktion von klimaschädlichem Kohlendioxid und gesundheitsschädlichen Stickoxiden nicht erreichen. Für Bremerhaven, einzige Großstadt an der deutschen Nordseeküste, wären die mittel- bis langfristigen Folgen eines ungebremsten Klimawandels schon aufgrund der geografischen Lage fatal.

Dabei kann das gemeinsame Ziel, die Erderwärmung unter der 1,5-Grad-Marke zu halten, nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen nur dann gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen, von der Gemeinde über die Länder bis zum Bund in ihren jeweiligen Zuständigkeiten schnell und entschieden handeln. Dabei sind jeweils alle Sektoren aufgerufen, ihren Beitrag zur CO₂-Reduktion zu leisten.

Bremerhaven orientiert seine Verkehrspolitik immer viel zu stark am motorisierten Individualverkehr. Fahrende und parkende Autos nehmen überproportional viel Straßenraum in der Seestadt ein. In anderen Städten weist gerade der innerstädtische Einzelhandel darauf hin, dass die Lebensqualität der Menschen von einer Umnutzung von Straßen- und Parkflächen deutlich profitiere. Mehr Raum für Flanieren oder Gastronomie steigere die Attraktivität der Innenstädte signifikant, was für den Handel positiv sei.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Straßen im Innenstadtbereich (begrenzt durch die Columbusstraße, die Lloydstraße und die Deichstraße) für den privaten motorisierten Individualverkehr zeitweise oder dauerhaft gesperrt werden können. Dabei ist eine Straßennutzung für Anwohner, Lieferverkehre, Pflegedienste, Handwerker*innen, Hotelgäste und mobilitätseingeschränkte Menschen weiterhin sicher zu stellen. Außerdem soll der Zugang zu den

Parkhäusern Columbus Center, Theatergarage und Volkshochschule gewährleistet werden.

2. Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung bis zum ersten Quartal 2021 bekanntgegeben werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Claudius Kaminiarz, Michael Labetzke und
Fraktion DIE GRÜNEN PP